

bbz

Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN
72. (87.) JAHRGANG
APRIL 2020

15-18

KITA-STREIK für eine
Kita-Tagelohnver

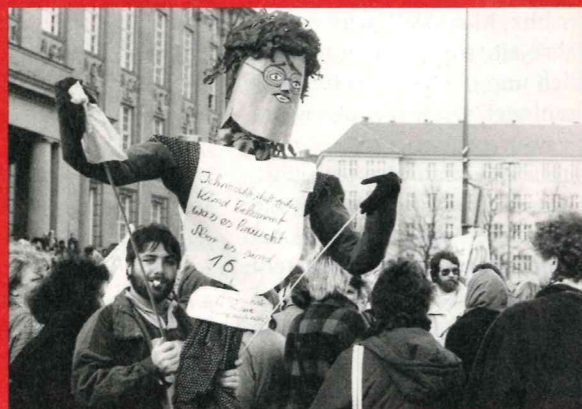
30 Jahre Kita-Streik

SCHULE
Politikunterricht
ist fundamental

BERUFLICHE BILDUNG
Ein Praktikum
reicht nicht

TENDENZEN
Business as usual
nach Hanau

30 Jahre Kita-Streik



FOTOS: WERNER ECKART

30 Jahre sind seit dem Kita-Streik vergangen. Viele Erinnerungen sind noch frisch. Und doch sind diese 30 Jahre eine Ewigkeit. Als ich im September 1989 zum Vorsitzenden der GEW BERLIN gewählt wurde, hatte diese Gewerkschaft ungefähr 13.000 Mitglieder. Die meisten Mitglieder waren Lehrkräfte, fast ausnahmslos Beamt*innen. Die GEW BERLIN funktionierte auf der Basis ehrenamtlicher Arbeit. Auch ich als Vorsitzender war mit lediglich einer halben Stelle freigestellt. Ansonsten arbeitete ich jeden Morgen als Lehrer in einer Schöneberger Grundschule oder aber im Schöneberger Personalrat. Internet, Computer, Handys gab es noch nicht.

Am Anfang stand ein Versprechen

Bereits 1979 hatte die GEW BERLIN mit der Mobilisierung der Erzieher*innen begonnen. Zu dieser Zeit

waren circa 1.000 Erzieher*innen gewerkschaftlich organisiert; 300 davon in der GEW. Bis zum Jahr vor Streikbeginn konnten ÖTV (heute ver.di) und GEW BERLIN die Zahl der organisierten Erzieher*innen auf 2.500 steigern. In der GEW BERLIN wuchs die Zahl der Erzieher*innen auf 800. Die Gewerkschaften begannen daraufhin gezielt, die Organisationsarbeit zu intensivieren, mit dem Versprechen sich nachhaltig für die Tarifierung von Vor- und Nachbereitungszeiten einzusetzen.

Die Forderungen der Gewerkschaft nach einer Tarifierung der Vor- und Nachbereitungszeiten wurde von den Berliner Erzieher*innen begierig aufgegriffen. Sie war der Grundstein für den längsten Streik in der Berliner Geschichte, der im Dezember 1989 mit Warnstreiks begann und im Januar bis Ende März 1990 als Erzwingungsstreik fortgeführt wurde, drei Monate lang. Es war nicht nur der längste Streik, den es je in Berlin gegeben hatte, sondern auch der einzige in ▶

Kita-Streik im Zeichen der Wende

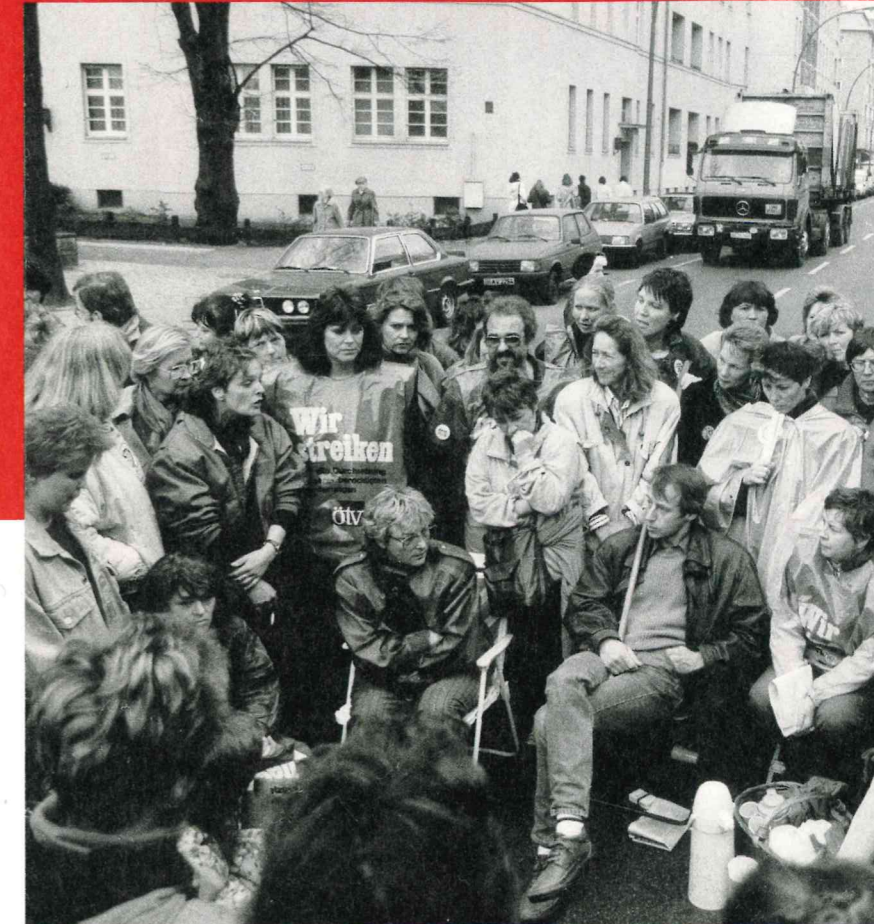
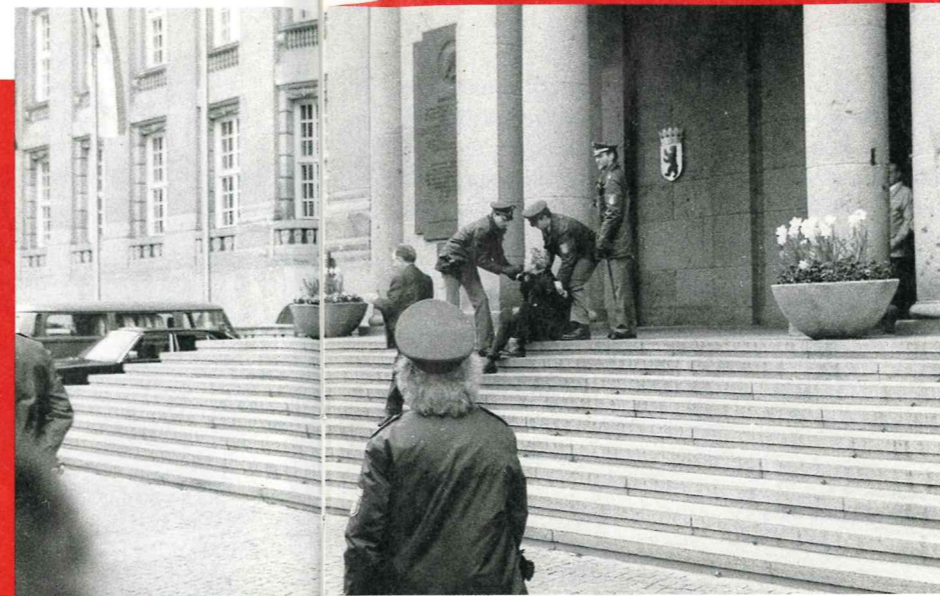
Mitten in der turbulenten Phase der Wiedervereinigung begibt sich die GEW BERLIN zusammen mit der ÖTV in den längsten Streik in der Berliner Geschichte

von Erhard Laube





Der damalige GEW-Vorsitzende Erhard Laube (Foto ganz links und ganz rechts) kannte sich mit streikenden Erzieher*innen noch nicht aus und musste sich schnell in die Materie einarbeiten. Mit dabei war bei den wochenlangen Streiks auch immer Werner Eckart. Ihm verdanken wir die tollen Fotos aus der Zeit, die wir in diesem Schwerpunkt zeigen. Vielen Dank!



Deutschland, der fast ausschließlich von Frauen mit unglaublichem Engagement getragen worden war.

Streikrecht war uns fremd

Als Lehrer und Personalrat hatte ich Ahnung von Schulpädagogik und Schulrecht, Streikrecht war mir weitgehend fremd. Mit Ausnahme relativ bedeutungsloser Tarifverhandlungen bei kleinen freien Trägern hatte auch sonst niemand in der GEW BERLIN hiervon Ahnung. Diesbezügliche Kompetenz lag bei der ÖTV, der mächtigen Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes in Berlin, die regelmäßig die BVG und die Müllabfuhr zu Streiks aufrief, um ihren Forderungen für den Öffentlichen Dienst Nachdruck zu verleihen.

Als der Streik vorbereitet wurde, war die West-Berliner Welt noch in Ordnung. Doch am 9. November 1989 kam die Maueröffnung. Eine Grundsatzdiskussion, was das für den geplanten Erzwingungsstreik bedeutete, unterblieb. Als wir im Januar 1990 den unbefristeten Streik gemeinsam mit der ÖTV ausriefen, verdichteten sich schon die Rufe »Wir sind ein Volk«. Jeden Montag wurde in Leipzig demonstriert, mehr und mehr auch für die Einheit Deutschlands. Und schon am 1. Februar 1990 verkündete Modrow seinen Vierstufenplan zur Vereinigung Deutschlands. Und schon am 10. Februar 1990 gab Gorbatschow grünes Licht zur Herstellung der deutschen Einheit.

Wir ließen uns nicht beirren

Wir aber fokussierten uns unbeirrt auf den Streik. Über 380 der 400 Kitas in West-Berlin waren ge-

schlossen! Frühmorgens fuhr ich mit meinem Motorrad zu den Kolleg*innen, die vor den Kitas standen, um sie zu ermutigen. Auf wöchentlichen Streik-Vollversammlungen und unglaublich gut besuchten Demos vor dem Schöneberger Rathaus machten wir uns Mut, den Streik trotz der Verweigerungshaltung des Momper-Senats zur Aufnahme von Tarifverhandlungen fortzuführen. Es beflügelte mich auch, in diesem Taumel der Solidarität weiter für den Tarifvertrag zu kämpfen: »Keinen Kindergartentag ohne den Tarifvertrag!« skandierten wir.

Im Vorstand hatten wir uns die Arbeit aufgeteilt. Denn neben dem Kita-Streik gab es nicht nur die ganz »normale« Gewerkschaftsarbeit, sondern auch die Befolgung zahlloser Einladungen in den Ostteil der Stadt und nach ganz Brandenburg. Denn die alten Gewerkschaften der DDR hatten sich aufgelöst, neue entstanden, auch eine GEW BERLIN im Ostteil der Stadt. Wir spürten vielleicht ab Mitte Februar, dass der Streik nicht erfolgreich sein würde. Andere Dinge waren der Landesregierung wichtiger, nicht die Tarifierung von Vor- und Nachbereitungszeiten. Intensiv diskutiert haben wir das nicht. Niemand wollte als zaghaft gelten, niemand den kämpfenden Erzieher*innen in den Rücken fallen.

Schmerzhaftes Gespräche

So kam die Forderung zur Beendigung, man kann auch sagen »Aufgabe« (offiziell hieß es Aussetzung) aus der ÖTV. Wir als Funktionär*innen in der GEW BERLIN drückten uns um eine klare Aussage herum, ob der Streik fortgeführt oder wegen Aussichtslosigkeit beendet werden sollte, und forderten eine erneute Urabstimmung.

So erhielt ich auf der letzten gemeinsamen großen Streikversammlung mit der ÖTV als Vorsitzender der GEW BERLIN von den Erzieher*innen rote Rosen, während der Vorsitzende der ÖTV ausgebuht wurde. Schmerzhaft erinnere ich mich an die Situationen, in denen ich am Ende des Streiks gerade die engagiertesten, mutigsten Erzieher*innen von der Sinnlosigkeit einer Fortführung des Streiks zu überzeugen versuchte. Fürchterliche Gespräche! Im Nachhinein bin ich der festen Überzeugung, dass wir durch die turbulenten Ereignisse der Wiedervereinigung keine Chance hatten. Vorwerfen müssen wir uns, das nicht früher erkannt zu haben und dann nicht mutig genug gewesen sind, es klar auszusprechen. Aber für mich persönlich stimmt auch, dass ich mir nie und nimmer das Ausmaß der sich überschlagenden Ereignisse habe vorstellen können.

Doch umsonst war der Streik nicht! Der Fuß war in der Tür. Heute bestreitet niemand mehr, dass Kitas Bildungseinrichtungen sind. Zwar sind Vor- und Nachbereitungszeiten immer noch nicht tarifiert, allerdings hält das Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) fest, dass Vor- und Nachbereitung auch zur Tätigkeit von Erzieher*innen gehört. Und die GEW Berlin ist keine Lehrgewerkschaft mehr, sondern eine richtige Bildungsgewerkschaft. ■

Erhard Laube,
1989 bis 1999 Vorsitzender
der GEW BERLIN



FOTOS: WERNER ECKART

Ein Fulltime-Job

Niemand hätte 1989 geglaubt, dass Erzieher*innen zu so einem Streik fähig sind. Trotz erfolgloser Verhandlungen konnten sie viel erreichen

von Bärbel Jung

Der Berliner Kita-Streik im Winter 1989/90 war und ist in verschiedener Hinsicht von besonderer Bedeutung: Er war der längste Streik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, und er war ein Streik, der im Wesentlichen von Frauen getragen wurde. Mit dem Tarifziel, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen und Leiter*innen der öffentlichen Kitas in Berlin, wurde Neuland betreten. Es ging nicht um die »traditionellen« gewerkschaftlichen Forderungen wie mehr Geld oder kürzere Arbeitszeiten, sondern um Personalschlüssel, die Gruppengröße, Vor- und Nachbereitungszeiten, sowie Fort- und Weiterbildung, die in einem Tarifvertrag festgeschrieben werden sollten. Das gab es bisher nicht, und der Senat wurde auch nicht müde, wieder und wieder zu betonen, dass diese Forderungen nicht tarifierbar seien.

Bemerkenswert – auch im Rückblick nach drei Jahrzehnten – ist auch, wie dieser Arbeitskampf von den Kolleg*innen getragen und durchgeführt wurde. Im Vorfeld bestanden Zweifel, ob es überhaupt gelingen würde, in den Kitas (größere) Streikmaßnahmen umzusetzen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war noch nicht so hoch und es gab wenig Erfahrung, wie man einen Streik in so vielen Kleinbetrieben (es gab 396 öffentliche Kitas in West-Berlin) organisieren sollte. Das war schon etwas anderes als ein Streik bei der BVG oder bei Siemens. Aber nachdem die ersten Warnstreiks Ende 1989 erfolgreich verlaufen waren, trauten wir uns dann doch, nach der Weihnachtspause alle Erzieher*innen in allen Bezirken zu ganztägigen Streiks aufzurufen, die dann ohne Unterbrechung bis Ende März dauerten.

In der GEW hatten wir bis zu diesem Zeitpunkt genauso wenig Streik-Erfahrung wie die Kita-Erzieher*innen. Streiklisten, Streikgeldauszahlung, Sozialrecht im Arbeitskampf, alles war neu für uns. Anders als heute waren damals die meisten Kita-Erzieher*innen nicht in der GEW BERLIN, sondern in der

ÖTV (heute ver.di) organisiert. Das führte natürlich außerdem zu besonderen Schwierigkeiten. Beide Gewerkschaften hatten zwar eine gemeinsame Tarifkommission und führten den Arbeitskampf zusammen, aber es war ein spannungreiches Verhältnis, das im Laufe der Auseinandersetzung immer konfliktreicher wurde. Das lag an zum Teil unterschiedlichen Positionen der Gewerkschaften, die – vor allem gegen Ende des Streiks – immer deutlicher zu Tage traten, aber auch an einer Konkurrenzsituation sowie an Machtansprüchen, die das Miteinander erschwerten.

Ein Streik der »Basis«

Der Streik wurde in ganz starkem Maße getragen von den Aktivitäten der »Basis«. Die knapp 400 Kitas mit circa 5.000 Erzieher*innen waren verteilt auf die zwölf (West-) Berliner Bezirke. In allen zwölf Bezirken gab es über die gesamte Streikdauer bezirkliche Streiklokale, die täglich geöffnet hatten. Die täglichen Streikaktivitäten begannen in aller Herrgottsfrühe: Ab 6 Uhr standen die Kolleg*innen vor jeder Kita Streikposten. Da es Winter und ziemlich kalt war, gab es nach zwei Stunden eine Ablösung. Dann ging es ins Streiklokal zum Aufwärmen, zum Eintragen in die Streiklisten, zum Informationsaustausch, zur Teilnahme an den bezirklichen Streikversammlungen. Die Betreuung der gemeinsamen Streiklokale lag bei den lokalen Streikleitungen, die aus Erzieher*innen bestanden. Jede Gewerkschaft hatte – natürlich – eigene Streikleitungen.

Die Streiklokale hatten eine sehr große Bedeutung. In ihnen wurden die politischen Entwicklungen diskutiert, besprochen, welche Aktionen stattfinden sollten und natürlich auch gestritten. Täglich wurden bezirkliche und überbezirkliche Aktivitäten durchgeführt, die in der Regel auf Vorschlägen aus den Reihen der Streikenden basierten. So war beispielsweise jeder Donnerstag der Tag der Solidarität. Vor dem Schöneberger Rathaus fand an diesem Tag immer eine Kundgebung statt, zu der auch viele andere Menschen kamen, die den Streik unterstützen wollten: Erzieher*innen, die bei freien Trägern (vor allem in Kinder- und Schülerläden) oder in Schulen arbeiteten, Eltern, manchmal (eher selten) auch Lehrer*innen, die mit ihren Schüler*innen kamen und den Sozialkundeunterricht vor das Rathaus verlegten. Viele Gelegenheiten wurden genutzt, um mit Aktionen auf unser Anliegen aufmerksam zu machen, beispielsweise anlässlich der Berlinale vor dem Zoo-Palast. Die Aktionen – vor allem in der ersten Streikzeit – waren von Freude, guter Stimmung, Enthusiasmus und Optimismus getragen. Die Kolleg*innen waren unglaublich kreativ und phantasievoll, sangen Lieder (»keinen Kindergarten tag ohne den Tarifvertrag«), dichteten (»in der Kita steigt der Bär, Tarifverträge müssen her«), organisierten Aktionen. Für viele war der Streik ein Fulltime-Job. Morgens Streik-

posten vor der eigenen Kita oder vor einer anderen Einrichtung, in der sich Streikbrecher*innen einfinden sollten. Erzieher*innen saßen am »Elterntelefon«, beantworteten Fragen, unterstützten die GEW-Geschäftsstelle beim Streikgeldauszahlen (das damals noch nicht überwiesen wurde, sondern wöchentlich in der Ahornstrasse abgeholt werden musste).

Die GEW BERLIN brachte zweimal wöchentlich eine Streikzeitung heraus. Sie wurde in alle Streiklokale ausgeliefert, um alle Kolleg*innen mit Infos und Neuigkeiten zu versorgen. Sie war ein wichtiges Kommunikationsmittel und wurde von den Streikenden sehr gern gelesen.

Wut und Frust

Am wichtigsten war aber die wöchentliche Streikversammlung im Audi Max der TU, jeden Freitag um 16 Uhr. Dort kamen regelmäßig 4.000 bis 5.000 Erzieher*innen zusammen, um zu diskutieren, wie es weitergeht und welche Aktivitäten stattfinden sollten. Diese Streikversammlungen waren, insbesondere in der letzten Phase, von großer Emotionalität getragen.

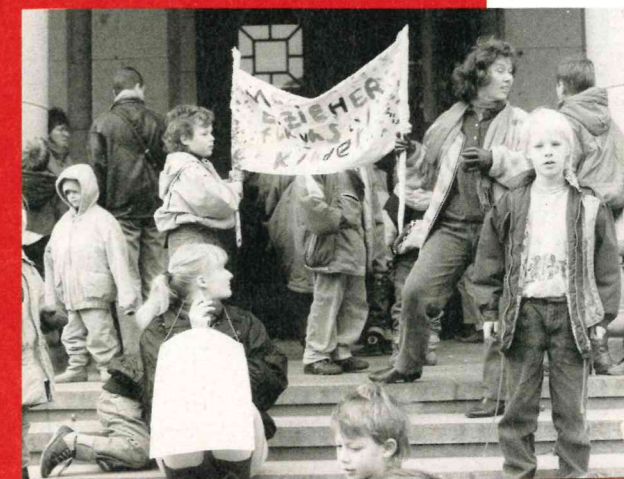
Als auf der letzten Streikversammlung im März der mit der ÖTV-Mehrheit gefasste Beschluss der Tarifkommission verkündet wurde, den Streik »auszusetzen«, explodierte der Saal fast. Wut, Tränen, Fassungslosigkeit brachen bei den Streikenden aus. Die GEW BERLIN hatte sich nicht für diesen Weg ausgesprochen. Wir schlugen eine erneute Urabstimmung vor, denn auf der Grundlage einer Urabstimmung waren wir in den Arbeitskampf getreten und es erschien uns unfassbar, den Streik ohne einen solchen zu beenden. Der Streik war getragen worden von einem riesigen Engagement der Kolleg*innen, von einer unvorstellbaren Begeisterung und schließlich auch von einer großen Trauer. Sie nicht zu befragen, war aus Sicht der GEW BERLIN nicht richtig.

Mit diesen unterschiedlichen Positionen waren dann auch beide Gewerkschaften zutiefst zerstritten. Das wurde dadurch verstärkt, dass viele Erzieher*innen der ÖTV den Rücken zuwandten und in die GEW eintraten.

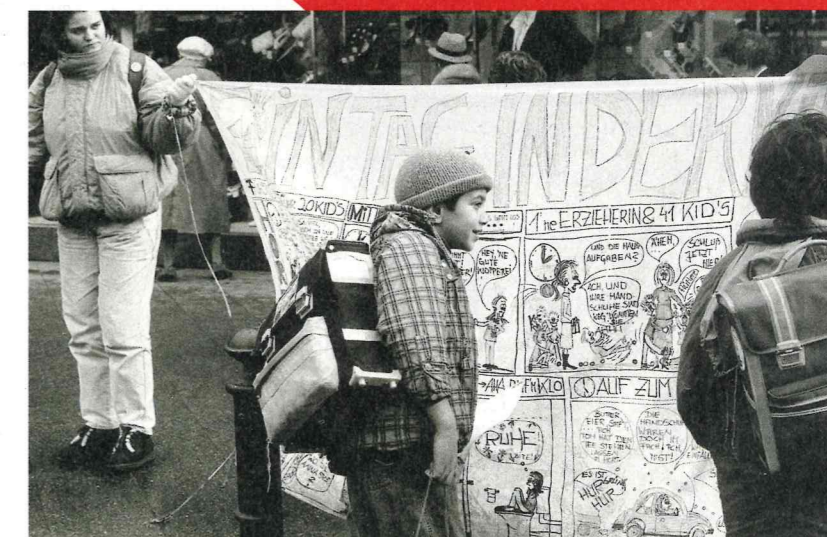
Enttäuscht, aber nicht entmutigt

Für die GEW BERLIN als Organisation hatte der Streik eine immense Bedeutung: Die GEW wurde zu einer streikfähigen (und auch streikfreudigen) Gewerkschaft. Die Mitgliedschaft der GEW BERLIN veränderte sich: der Anteil der Kolleg*innen aus dem sozialpädagogischen Bereich wuchs durch die hohe Anzahl der Kitaerzieher*innen, die im Zusammenhang mit dem Streik eingetreten sind – und durch neue Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt.

Leider ist es uns in der Folgezeit aber nicht gelungen, die im Streik Aktiven auch zu einer aktiven Mitarbeit in der GEW BERLIN zu gewinnen. Natürlich



Die Erzieher*innen organisierten viele kreative Aktionen, um ihre Forderungen zu verdeutlichen.



hatte das auch etwas mit dem Frust nach dem verlorenen Arbeitskampf zu tun, unter anderem aber auch mit den Strukturen der GEW, die sehr auf den schulischen Bereich zugeschnitten waren (und immer noch sind).

Die Enttäuschung über die Niederlage war groß. Noch Jahre nach dem Streik wurde sie immer wieder thematisiert. Allerdings hat der Streik auch gezeigt, welche ungeheure Kraft die Erzieher*innen entfalten können!

Bärbel Jung, bis 2017 Referentin im Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW BERLIN



»Wir haben ein Zeichen gesetzt!«

Monika Ulbrich und Norbert Hocke haben den Berliner Kita-Streik hautnah miterlebt. Sie berichten in einem Interview von ihren Erinnerungen

Das Interview führte Josef Hofman

Wie war eure Verbindung zur GEW damals?

Ulbrich: Ich war zu der Zeit Vorschulerzieherin an einer Kita in Neukölln. Ich bin vor Beginn des Kitastreiks in die GEW eingetreten. Mittlerweile bin ich im Personalrat Süd Ost und in der Landesdelegiertenversammlung.

Hocke: Ich war Kitaleiter in einer evangelischen Kita, mit einer halben Stelle und bin im November 1989 in den Hauptvorstand der GEW gewählt worden. Das war das erste Mal, dass im Geschäftsführenden Vorstand der Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit vertreten wurde.

Was ist eure lebhafteste Erinnerung an den Berliner Kita-Streik?

Ulbrich: Ich erinnere mich an mehrere kurze Geschichten. Bei einer Demonstration wollten wir zum Rathaus marschieren. Die Polizei hielt uns aber davon ab und versuchte den Zug umzuleiten. Wir gingen weiter und ließen uns nicht abhalten. Dann sagte jemand: »Wartet mal, ich kenne einen Weg!« und dann sind wir einfach durch die anliegenden Häuser gelaufen. Vorher ist noch die Polizei angerannt gekommen und hat ein paar Leute geschnappt. Mir wurde ganz schlecht und ich hoffte, dass alle Türen auf meinem Weg offen sind. Wir sind dann alle gegenüber vom Rathaus rausgekommen. Das war ein irres Gefühl. Dann war die Bannmeile einfach wiederbesetzt und die Polizei hat nichts mehr gemacht.

Hocke: Der Streik war eine große Herausforderung für die GEW und ich frage mich bis heute, wie es gelingen konnte, dass diese in Sachen Streik so unerfahrene Organisation es geschafft hat, über so einen langen Zeitraum politisch zu agieren. Grandios waren aus meiner Sicht auch die Streiklokale, die es überall in der Stadt gab. Dort wurden Informationen ausgetauscht und Gespräche geführt. Es fanden abendliche Versammlungen im ICC und in der TU im Audimax mit mehreren tausend Leuten statt.

Ulbrich: An eine Veranstaltung im Audimax kann ich mich besonders gut erinnern. Da hat der Leiter von der BVG eine Rede gehalten und versprochen, dass die BVG den Streik unterstützen würde. Wir dachten, die BVG fährt dann zwischendurch nicht, was

großen Druck auf die Regierung ausgeübt hätte. Darüber haben wir uns alle gefreut und ein riesen Getrappel und Geschrei gemacht. Passiert ist dann leider gar nichts. Das war eine herbe Enttäuschung. Daraufhin haben wir angefangen, die Straße selber zuzumachen und die Busse einfach nicht mehr fahren zu lassen. Bei einer Kundgebung haben wir beispielsweise einen Bus, in dem der Regierende Bürgermeister Walter Momper sitzen sollte, aufgehalten. Momper musste dann in einem Auto flüchten.

Was war das Besondere an diesem Streik im Gegensatz zu anderen Arbeitskämpfen?

Hocke: Ich glaube, das auffälligste war, dass die ÖTV, heute ver.di, es gewohnt war, große Streiks in Großbetrieben wie der BVG oder der Stadtreinigung durchzuführen. Mit Kleinbetrieben über mehrere Wochen zu streiken, das war erstmal für einen Vorstand der ÖTV überhaupt nicht vorstellbar. Da musste man eine Menge Überzeugungsarbeit leisten.

Ulbrich: Die große Solidarität zwischen Leitung, Mitarbeiter*innen und Eltern war wirklich etwas Besonderes. In unserer Kita hat uns die Leitung die ganze Zeit den Rücken freigehalten und aktiv unterstützt. Als Mitarbeiter*innen haben wir gemeinsam bei eisiger Kälte vor unserer Kita ausgeharrt und uns gegenseitig Mut gemacht. Aber auch wenn in anderen Kitas Hilfe gebraucht wurde, haben wir schnelle Unterstützung geleistet.

Wie habt ihr es geschafft, so eine große Motivation für den Streik zu wecken?

Ulbrich: Es kam vieles von der GEW, die ja eigentlich streikunerfahren war. Wir bekamen immer zeitnah die passenden Informationen. Wir fühlten uns von der GEW super unterstützt und hatten so das Gefühl, wir wissen Bescheid, wir wissen, was wir hier tun, warum wir dies tun und dass wir wichtig sind.

Hocke: Ich glaube, ein Punkt war auch, dass die Kolleg*innen gespürt haben, wie viele Ehrenamtliche sich hier bei der GEW engagierten. Der Vorstand, die Fachgruppe, die Kita AG, die Streikleitungen waren ausschließlich ehrenamtlich organisiert. Sie versuchten Rechtssicherheit für die Streikenden zu gewährleisten beispielsweise Fortzahlung von Beiträgen zur Kranken- und Rentenversicherung. Die Angst vor der Abmahnung durch den Arbeitgeber und welche Fol-

gen solch eine Abmahnung für den weiteren Berufsverlauf haben könnte, war am Anfang recht groß. Das waren alles Punkte, die erst während des Streikes, Stück für Stück, erarbeitet werden mussten. Die Kolleg*innen fühlten sich durch die GEW-Informationen aber sehr sicher und das war schon deutlich zu spüren.

Wie lief die Zusammenarbeit mit den Eltern?

Ulbrich: Für die Eltern war es insgesamt eine schwierige Sache. Viele mussten zur Betreuung der Kinder Oma und Opa aus Westdeutschland holen. Andere haben sich zusammengetan und haben versucht, ihre Kinder zu betreuen. Auch da waren die Frauen kreativ und haben Lösungen gefunden. Für dringende Probleme gab es immer Lösungen. Wir wollten aber auch schon dafür sorgen, dass ein bisschen Sand im Getriebe spürbar wird und ein paar Eltern zuhause bleiben müssen.

Hocke: Der Druck wuchs dann nachher, als die Presse die »heulende Mutter« mit zwei Kindern, die ihren Job verliert, gegen uns einsetzte. Dann begann die Stimmung bei den Eltern ein bisschen zu kippen. Die Kolleg*innen spürten vor Ort natürlich, dass die Eltern die Kinder abgeben wollten. Aber insgesamt hatten die meisten Verständnis für das Anliegen der Streikenden.

Warum ist der Streik gescheitert?

Ulbrich: Ein ganz blöder Punkt war, dass uns der 9. November 1989 dazwischenkam. Die Mauer war auf und das bestimmende Thema war die Wiedervereinigung. Die Forderungen der Erzieher*innen wollte dann keiner hören.

Hocke: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, ist ein hartes Stück Arbeit. Ähnliche Arbeitskämpfe bei der IG Metall haben damals auch zwei bis drei Anläufe gebraucht, obwohl sie streikerfahren waren. Aber ich muss zugeben, dass es eines der bittersten Erlebnisse in diesem Streik war, als der Landeschef der ÖTV Kurt Lange am letzten Streiktag verkündete: »Wir kommen wieder!« und damit den Streik quasi beendete. Das war eine sehr bittere Pille.

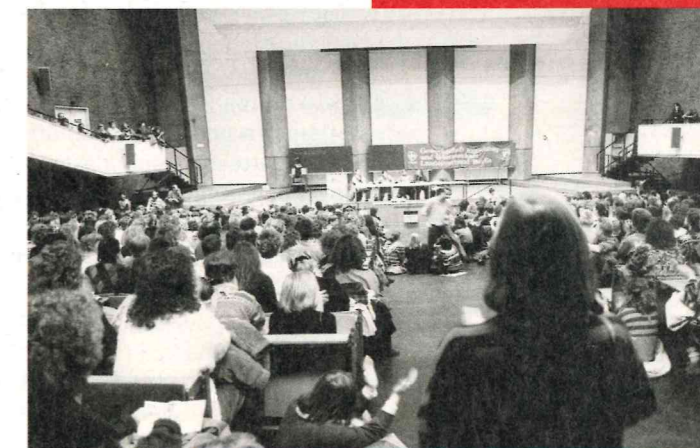
Welche Nachwirkung hatte der Streik? Hat sich trotz des Scheiterns danach etwas verändert?

Hocke: Zunächst überwog der Frust und die Enttäuschung. Das wir aber 2009 und 2015 bundesweit mit den Erzieher*innen Streiks durchgeführt haben ist zu großen Teilen den Erzieher*innen von damals zu verdanken. Sie haben dadurch ein Zeichen gesetzt, das auch Erzieher*innen streiken und ihre Forderungen entschlossen vertreten können. Dass sich bis zum heutigen Tag bei einigen SPD-Mitgliedern und speziell bei Herrn Momper immer noch die Nackenhaare sträuben, wenn sie das Wort Kitastreik nur hören, ist doch auch schon mal ein kleiner Erfolg – der Kitastreik ist eben nicht vergessen. Letztendlich kann man sagen, sind viele der damaligen Forderungen auch im Guten-Kita-Gesetz gelandet. Den Gewerkschaften hat es gezeigt, dass auch in Kleinbetrieben gestreikt werden kann und dass diese Berufsgruppe – bundesweit fast 800.000 – viel stärker als Potenzial gesehen werden muss. Diese Berufsgruppe gilt es offensiver anzusprechen und in der Bildungsgewerkschaft GEW zu organisieren.

Ulbrich: Ich denke, wir haben da schon ein bisschen Schaden angerichtet. Wir hatten ein paar Jahre später nochmal einen Streik, da hatte ich das Gefühl, die Politik hat Angst, es könnte wieder kippen und wieder wochenlange Streiks geben. Wenn das bei den Politiker*innen im Gedächtnis bleibt, haben wir vielleicht bei zukünftigen Arbeitskämpfen eine bessere Chance. ■



Im Audimax der TU fanden abendliche Versammlungen mit mehreren tausend Leuten statt.



FOTOS: WERNER ECKHART

»Die große Solidarität zwischen Leitung, Mitarbeiter*innen und Eltern war wirklich etwas Besonderes.«



Durch öffentliche Veranstaltungen und Hintergrundgespräche wurde die öffentliche Meinung nachhaltig geprägt.

Märchen und Mythen

Durch eine beispielhafte Mobilisierung konnten die Gewerkschaften den Organisationsgrad der Erzieher*innen erhöhen und den Streik zuspitzen

von Ilse Schaad

Seit dem ersten Warnstreik 1979 wurde gewerkschaftsintern und in der Fachöffentlichkeit eine intensive Debatte um Qualitätsstandards, angemessene Eingruppierung im Vergleich zu männerdominierten Berufen und Arbeitsbedingungen im Kitabereich zielorientiert geführt. Der Organisationsgrad der Erzieher*innen lag

anfangs bei gerade mal 20 Prozent, in den zuständigen DGB-Gewerkschaften GEW und ÖTV (heute ver.di) zusammengekommen. Die gemeinsame Einschätzung war, dass dies keine ausreichende

Basis für einen schwierigen Arbeitskampf darstellte. Erstes Ziel war somit, den Organisationsgrad zu erhöhen. Dies gelang unter anderem durch Öffentlichkeits- und Bündnisarbeit, Seminare und Veranstaltungen.

Im November 1989 waren 90 Prozent der Erzieher*innen gewerkschaftlich organisiert. Trotz der einigungsbedingten Wirren war die Entscheidung, die

Tarifaufeinandersetzung jetzt zuzuspitzen, auch aus heutiger Sicht richtig, vor allem vor dem Hintergrund der erfolgreichen Organisationsarbeit. Vorbereitung, Durchführung und öffentliche Begleitung des Arbeitskampfes waren gut geplant. Dass es trotz eines geschlossenen Arbeitskampfes nicht zu einem Abschluss kam, lag nicht an organisatorischen Fehlern der Gewerkschaften, sondern an politischen Blockaden auf Seiten der SPD, die so nicht zu erwarten waren.

Der Forderungsbeschluss von GEW und ÖTV unterschied sich von den üblichen Streikforderungen. Im Kern ging es um die Qualität der pädagogischen Arbeit. Es war die Forderung, die Gruppengrößen zu tarifieren, die die Blockadehaltung auf Seiten der Arbeitgeber auslöste. Damit greife man in das Budgetrecht des Parlamentes ein. Eine Argumentation, die bis heute trotz eindeutiger abweichender Gerichtsentscheidungen erhalten muss. Durch Tarifierung der Gruppengröße wäre in der Tat der Personalschlüssel nicht mehr einseitig zum Nachteil der Beschäftigten veränderbar gewesen, was das Budgetrecht des Parlamentes berührt. Das tut übrigens jeder Tarifvertrag im öffentlichen Dienst, ob zur Ar-

beitszeit, zur Lohnhöhe oder Eingruppierung. Innerhalb der »alten Arbeiterpartei« SPD führte Momperers unnachgiebige Haltung zu Widerstand.

Durch öffentliche Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche mit Journalist*innen, Gespräche mit Parteien (außer Republikanern), mit Eltern- und Schüler*innenvertretungen, Artikeln sowohl in der Gewerkschaftspresse als auch in Fachzeitschriften, durch Seminare zu Tarifrecht und Streikorganisation wurde die öffentliche Meinung nachhaltig geprägt. Die Ziele, die die Streikenden verfolgten, waren überall bekannt und als am Kindeswohl orientiert hoch geschätzt. Auch SPD und die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL, heute Die Grünen) hatten, allerdings bevor sie überraschend an die Regierung kamen, diese Ziele durch Beschlüsse unterstützt. Die flankierende Öffentlichkeitsarbeit war von größter Bedeutung, weil durch Streiks in diesem Bereich kein ökonomischer Druck erzeugt werden konnte. Auf einer der letzten Streikversammlungen fasste Norbert Hocke die gemachte Erfahrung zusammen: »Ein nicht geleerter Mülleimer entfaltet mehr Druck auf die SPD als 45.000 nicht betreute Kinder!«

Die Berliner Elternvertretungen unterstützten bis zum Schluss die Streikenden, obwohl sie die stärksten Belastungen aushalten mussten. Auch die Presse war überwiegend auf Seiten der Streikenden.

Großen Wert legte die GEW auf schnelle und authentische Information auch als Gegengewicht zur nicht immer freundlichen Berliner Presse. Jede Woche erschienen zwei vierseitige Streikzeitungen im DIN-A4 Format – in der Regel Dienstag und Freitag. Berichte von Betroffenen, Soliadressen, Beschlüsse der wöchentlichen Streikvollversammlungen, Presseerklärungen und Schreiben von Senator*innen wurden schnell unter Streikvolk gebracht. Damit konnte sichergestellt werden, dass Fake News keine Chance hatten. Außerdem konnte so über die vielfältigen und originellen Streikaktionen berichtet werden.

Am 27. März endete der Streik durch Beschluss der gemeinsamen Tarifkommission von GEW und ÖTV. Beide Gewerkschaften betonten, dass für sie der Kampf damit nicht zu Ende sei, auch wenn die aktuelle Auseinandersetzung verloren war. Schon im Mai fand erneut ein Warnstreik statt. Im November 1990 zerbrach die SPD/AL Koalition und bei den Neuwahlen im Dezember 1990 gewann die CDU, Eberhard Diepgen wurde wieder Regierender Bürgermeister. Diepgen ließ sich durchaus an den CDU-Beschluss vom März 1990 erinnern und nahm Verhandlungen mit GEW und ÖTV auf. Erst 1992 kam es schließlich zum Abschluss eines stark abgespeckten Tarifvertrages, aber erstmals wurde der Anspruch auf Qualifizierung und der Anteil der mittelbaren pädagogischen Arbeit tariflich geregelt.

Es gehört in die Welt der Legenden, dass der noch heute bestehende Organisationsstreit um die Zuständigkeit im Sozial- und Erziehungsdienst zwischen GEW und ver.di durch den Berliner Streik ausgelöst

wurde. Schon vor 1980 gab es Versuche, die bestehenden Überschneidungen aufzulösen, bis heute ohne Erfolg. Dazu muss man wissen, dass die GEW Gründungsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war und die Zuständigkeit für den gesamten Bereich der Bildung und Erziehung hatte. Erst zwei Jahre später trat die ÖTV dem DGB bei und beanspruchte ebenfalls den Erziehungsbereich. Bis zur Gründung von ver.di wurde stets betont, dass die doppelte Zuständigkeit zur Zusammenarbeit zwingt und niemand die Zuständigkeit der GEW in Zweifel ziehe.

Es wird immer wieder gerne kolportiert, die Koalition von SPD und AL sei wegen des Kitastreiks geplatzt. Der Kitastreik war ein Baustein in einer Serie von Streitereien zwischen den beiden Regierungsparteien, die beide unvorbereitet in die Koalition stolpern. Schon ab dem Spätsommer 1989 häuften sich »Missverständnisse« zwischen SPD und AL. Die Basis der AL stand auf der Seite der Streikenden, ihre Senator*innen konnten sich aber im Senat nicht durchsetzen. Anlass, nicht Ursache, für den Koalitionsbruch war die Räumung eines besetzten Hauses mit massivem Polizeieinsatz am 14. November 1990, worüber die AL vorab nicht informiert wurde und ihr wurde verwehrt, vermittelnd einzugreifen. Am 15. November kündigte die AL die Koalition, am 19. November traten die Senator*innen zurück.

Bis heute streiten sich die Geister, ob dieser Arbeitskampf Trauma oder Held*innenepos gewesen sei. Fakt ist, dass ohne diesen Streik die weitere Entwicklung hin zu eigenständiger Tarifarbeit im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes nicht möglich gewesen wäre. Bis dahin galten Streiks in kleinen Einrichtungen als nicht organisierbar. Streiks wurden traditionell vom Müll- und Verkehrsbereich getragen. Das ist heute anders. Der Sozial- und Erziehungsdienst ist eine der zuverlässigsten Stützen bei Streiks geworden. Ohne den Aufbruch 1990 wären die großen und erfolgreichen Tarifaufeinandersetzungen 2009 und 2015, die zu erheblichen Eingruppierungsverbesserungen in einem eigenen Tarifvertrag führten, nicht denkbar gewesen.

Zwar gab es 1990 keinen unmittelbaren Erfolg, was immer frustrierend ist, aber langfristig hat es zum Aufwachen einer großen und wichtigen Berufsgruppe geführt. Deshalb eher Held*innenepos als Trauma!

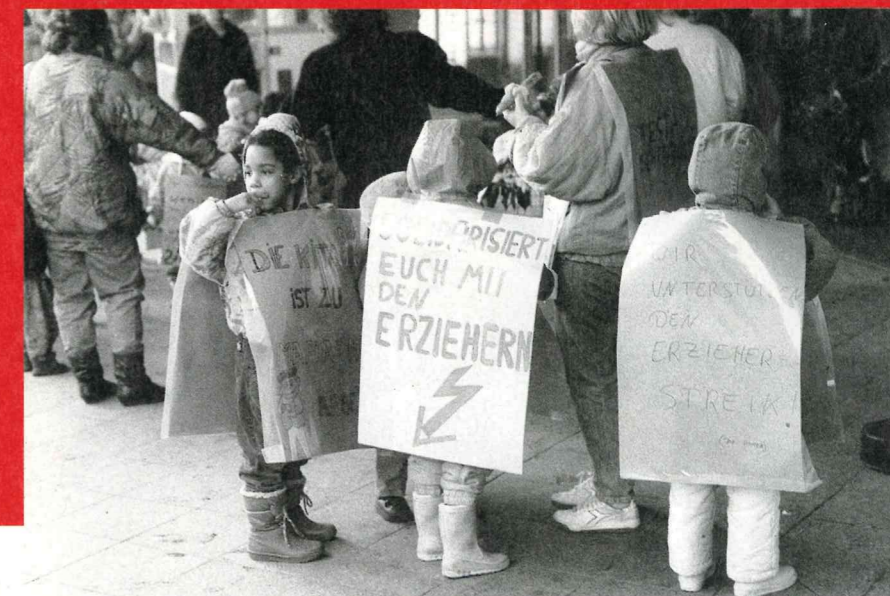
»Bis dahin galten Streiks in kleinen Einrichtungen als nicht organisierbar«

Ilse Schaad
war zur Zeit des Kitastreiks
im Vorstand der GEW für Tarif- und
Beamtenpolitik





Die parallel zum Kita-Streik stattfindenden Umwälzungen in der DDR beherrschten die politische Auseinandersetzung, so dass das Gefühl entstand, die Forderungen der Erzieher*innen seien auf dem Altar der Deutschen Einheit geopfert worden.



Die Rolle der Alternativen Liste

Während des Berliner Kitastreiks tobte auf der politischen Bühne eine Auseinandersetzung zwischen der SPD und der jungen Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL)

von Udo Jeschal

Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 endeten mit einem überraschenden Sieg für die SPD und die AL, der allerdings durch den Einzug der Republikaner mit 7,5 Prozent Stimmenanteil überschattet wurde. Der vorherige Diepgen-Senat wurde abgewählt. Neben herben Verlusten für die CDU verlor Diepgen mit dem Scheitern der FDP an der 5-Prozent-Hürde seine Mehrheit. Vor der Wahl hatte der SPD-Spitzenkandidat Walter Momper eine Koalition mit der »Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz« (AL) mehrfach ausgeschlossen. Noch am Wahlabend erklärte er die AL für »nicht politikfähig«.

GEW und Alternative Liste hatten viel gemeinsam

Mit der AL gab es vor allem unter der jüngeren GEW-Mitgliedschaft eine starke sozio-kulturelle Überschneidung. Für etliche Mitglieder war die GEW BERLIN seit Mitte der siebziger Jahre zu einer Art Ersatzpartei geworden. Mit Gründung der AL im Oktober 1978 setzte dann eine gegenläufige Bewegung ein. GEW-Mitglie-

dern, die sich in der allgemeinen Politik engagieren wollten, wurde ein erfolgsversprechendes, neues Angebot unterbreitet.

Starke Widerstände an der SPD-Basis und die allgemeine Stimmung in der Stadt gegen eine große Koalition veranlassten die SPD-Spitze mit der AL in Gespräche einzutreten. Als die AL die von Momper als »Prüfsteine« hoch stilisierten Punkte (Anerkennung der Präsenz der Alliierten, des Gewaltmonopols des Staates und der Bindungen von Berlin (West) an den Bund) anerkannte, konnte Momper den Richtungswechsel politisch begründen und hatte gleichzeitig die AL bereits vor Beginn der eigentlichen Koalitionsverhandlungen diszipliniert.

Die AL hatte sich im Vorfeld der Wahl zu einer Zusammenarbeit mit der SPD bereiterklärt, hatte aber keinen Plan fürs Regieren. Sie trat mit einem Wahlprogramm an, in das die verschiedenen Interessengruppen innerhalb der AL ihre Wünsche hineingeschrieben hatten. Die einzelnen Punkte waren nicht auf ihre Machbarkeit geprüft, sie waren nicht priorisiert und sie waren auch nicht untereinander abgestimmt. Als es dann wider Erwarten doch zu einer

Regierungsbeteiligung der AL kam, verzichtete die Partei darauf, wenigstens ein Schlüsselressort zu besetzen. Auf Seiten der AL gab es kein personelles Konzept für den Regierungseintritt. Der überraschende Vorstoß aus dem AL-Bildungsbereich, die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Sybille Volkholz als Senatorin für Schulwesen vorzuschlagen, verursachte in der GEW verständlicherweise kontroverse Diskussionen. Im GEW-Vorstand wurde aber dieser Schritt schließlich befürwortet. Der Wechsel von der GEW-Spitze in die Position der Schulsenatorin drückte die Nähe von AL und GEW besonders deutlich aus.

Gab es im Schulbereich dank Sybille Volkholz eine große Übereinstimmung in den grundsätzlichen Positionen und einen engen Austausch, so kann dies für den Bereich der Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie nicht gesagt werden. Mit Anne Klein entsandte die AL ebenso wie mit Sybille Volkholz eine Frau ins Senator*innenamt, die nicht Mitglied der AL war, sondern als Fachpolitikerin im Senat AL-Positionen durchsetzen sollte. Anne Klein hatte sich vor ihrer Wahl vor allem in der Frauenpolitik profiliert, nicht in der Kinder- und Jugendpolitik. Eine Nähe zu den Gewerkschaften konnte ihr nicht nachgesagt werden.

Der misslungene Einstieg in Tarifverhandlungen

Es war ÖTV (heute ver.di) und GEW gelungen, in der Koalitionsvereinbarung das Ziel, die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen zu verbessern, zu verankern. Offen blieb aber, wie dies geschehen sollte. In der Realität unterschied sich die Reaktion des neuen Senats zunächst nicht von der der vorherigen Landesregierung unter Diepgen, es wurde auf Zeit gespielt. Erst als die Erzieher*innen mit ihren Forderungen aktiv in die Öffentlichkeit gingen, stellte sich Anne Klein in einer Großveranstaltung der Diskussi-

on mit den Erzieher*innen. Sie versicherte ihre persönliche Unterstützung, konnte aber mangels vorheriger Abstimmung im Senat keine konkreten Aussagen machen.

Im Dezember 1989 fand nach mehreren Warnstreiks, die wirkungslos verpufften, die Urabstimmung statt. In beiden Gewerkschaften stimmten über 90 Prozent der organisierten Erzieher*innen für einen unbefristeten Streik, der am 15. Dezember begann und nach dem Jahreswechsel ab dem 5. Januar fortgesetzt wurde. Anne Klein versuchte in dieser Phase in einigen »Vermittlungsgesprächen« die Möglichkeiten einer Konfliktlösung auszuloten. Es war der verzweifelte Versuch, als fachlich zuständige Senatorin im Geschäft zu bleiben. Da sie, wie auch die Mehrheit der AL-Mitglieder, die Koalition zu diesem Zeitpunkt noch nicht scheitern lassen wollte, hatte sie aber keine reale Verhandlungsoption. Sie scheiterte an der kompromisslosen Haltung der SPD-Mehrheit im Senat, die von Beginn an auf Konfrontation setzte.

Die AL stellte sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit an die Seite der Streikenden und kritisierte die Position der SPD. So rief sie zur Teilnahme an der Demonstration von ÖTV und GEW am 1. Februar 1990 auf, die sich ja gegen die Blockadehaltung der eigenen Landesregierung wandte. Allerdings vermied es die AL, Konsequenzen für den Fall anzudeuten, dass die SPD-Mehrheit im Senat dem Einwirken der AL widerstehen sollte.

Zum offenen Dissens im Senat kam es am 13. Februar im Anschluss an die Senatssitzung, in der die SPD-Mehrheit erneut die Aufnahme von Tarifverhandlungen abgelehnt hatte. Die drei von der AL gestellten Senatorinnen gaben öffentlich eine »persönliche Erklärung« ab, in der sie die Haltung der Senatsmehrheit kritisierten und die Gewerkschaftsforderungen zum Teil für tarifierbar erklärten.

Der SPD-Landesvorstand stärkte am 16. Februar dem Senat den Rücken und forderte den Erlass eines

FOTOS: WERNER ECKART



Der Kita-Streik hat die GEW BERLIN tiefgreifend verändert.

- ▶ Kita-Gesetzes und die Aufnahme von unverbindlichen Verhandlungen zur Regelung von Fort- und Weiterbildung.

Am 3. März fasste die Mitgliederversammlung (MVV) der AL endlich einen Beschluss, in dem der Senat zur Aufnahme von Tarifverhandlungen über alle Forderungen der Gewerkschaften aufgefordert wurde. In der GEW wurde die klarere Haltung der AL natürlich begrüßt. Es war aber innerhalb der Fraktion wie unter den drei Senatorinnen weiterhin klar, dass die Koalition am Kitastreik nicht zerbrechen sollte. Damit gab die AL das wichtigste Druckmittel aus der Hand und pflegte letztlich einen Verbalradikalismus ohne Konsequenz. Die Fraktion setzte den Beschluss der MVV nicht um. Gemeinsam mit der SPD brachte sie stattdessen einen Antrag ein, in dem der Senat nur unspezifisch zur Aufnahme von Gesprächen aufgefordert wurde.

In den nachfolgenden Gesprächen Anfang März erwies sich jedoch erneut, dass der Senat in der Sache zu keinem Kompromiss bereit war. Wenn ÖTV und GEW den Senatsentwurf eines Mini-Tarifvertrages zur Fort- und Weiterbildung nicht akzeptierten, würden die Tarifverhandlungen endgültig für gescheitert erklärt. Am 20. März beschloss der Senat auf Initiative von Ingrid Stahmer mit der SPD-Mehrheit, die Kitas wieder zu öffnen und Eltern als bezahlte Streikbrecher*innen einzustellen. Anne Klein als zuständige Senatorin war vollständig entmachtet.

Der AL blieb nur wütender Protest und die Forderung, diesen Beschluss umgehend zurückzunehmen. Das war dann nicht mehr nötig, da die Tarifkommission in der folgenden Woche mit knapper ÖTV-Mehrheit beschloss, den Streik »auszusetzen«. Enttäuscht vom mangelnden Durchsetzungswillen der AL legte

die Fraktionsvorsitzende (und GEW-Mitglied) Heidi Bischoff-Pflanz die Funktion und ihr Abgeordnetenhausmandat nieder.

Das strategische Versagen der AL in Hinblick auf den Kita-Streik liegt zurückblickend darin, dass sie die sozial- und gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Auseinandersetzung nicht erfasst hat. Es hätte die Chance gegeben, durch eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen dem Beruf der Erzieher*innen eine größere Attraktivität zu geben.

In jedem anderen Bundesland wären die Erfolgsaussichten eines Streiks zu diesem Zeitpunkt besser gewesen, nur Berlin war in diesem Maße von der Bundeshilfe abhängig und nur in Berlin waren die gleichzeitig stattfindenden Umwälzungen in der DDR so tiefgreifend und die politische Auseinandersetzung beherrschend. So gab es bei vielen Beteiligten das Gefühl, die Forderungen der Erzieher*innen seien auf dem Altar der Deutschen Einheit geopfert worden. Zu diesem Gefühl hat die Senatsmehrheit mit ihrer Argumentation wesentlich beigetragen.

Der Kita-Streik hat neben dem Zustrom der neuen Mitglieder aus dem ehemaligen Ostteil Berlins die GEW BERLIN tiefgreifend verändert. Aber auch die AL war am Ende eine andere als zu Beginn. Etwa 700 Mitglieder kehrten der Partei den Rücken, über 800 traten ihr in der gleichen Zeit bei. Die Folge war eine deutliche Schwächung des linken Flügels. Mit der Vereinigung mit den DDR-Grünen zu Bündnis 90/Die Grünen stießen wenig später neue Mitglieder zu der Partei, die auf Grund ihrer Erfahrungen und der Verbindungen zu der kirchlichen Opposition in der DDR starke Vorbehalte gegen eine linke Gewerkschaft wie die GEW BERLIN hatten. Umgekehrt war vielen GEW-Mitgliedern genau diese politische Herkunft vieler Ost-Grüner sehr fremd.

Bestand 1989 noch ein enges, wenn auch konfliktreiches Verhältnis zwischen AL und GEW, so haben die nachfolgenden personellen und politischen Veränderungen in der GEW BERLIN und bei Bündnis 90/Die Grünen eine vergleichsweise rationale Beziehung herausgebildet. Für die GEW BERLIN verlor die AL in der Opposition an strategischer Bedeutung, blieb aber in vielen Fragen ein Bündnispartner mit einem parlamentarischen Arm. Das war allerdings in Laufe der Jahre nicht mehr ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen, da diese Rolle auch zunehmend die Partei »Die Linke« einnahm. Das Verhältnis zur SPD hatte mit Ende des Kitastreiks noch nicht seinen Tiefpunkt erreicht. Dies blieb der Ära Wowereit vorbehalten. ■

Udo Jeschal, 1986 bis 2019
Geschäftsführer der GEW BERLIN und
seit 1981 Mitglied der AL/Die Grünen



FOTOS: WERNER ECKHART